



Quo vadis Libanon ?

Was sich seit Mitte des Jahres 2010 zunehmend abgezeichnet hatte, wurde am 12. Januar 2011 Realität. Wieder einmal ist im Libanon eine Regierung gescheitert, und wieder einmal stellt man sich die Frage, wie es politisch im Libanon weitergehen wird.

Mit der Wahl von **Michel Suleiman** zum neuen Staatspräsidenten ging am 28. Mai 2008 ein annähernd 18 Monate währendender politischer Konflikt zu Ende, der den Libanon zuvor wieder einmal an den Rand eines Bürgerkriegs gebracht hatte. Seit dem 01. Dezember 2006 hatte die Opposition, der bis dahin neben der schiitischen Hisbollah unter **Hassan Nasrallah** auch die schiitische Amal-Bewegung mit ihrem Vorsitzenden, dem langjährigen Parlamentspräsidenten **Nabih Berri**, und die christlich-maronitische Partei von **Michel Aoun**, das 'Free Patriotic Movement', angehören, mittels eines Zeltlagers den Amtssitz des damaligen pro-westlichen Premierministers **Fouad Siniora** in der Innenstadt von Beirut belagert um zu erreichen, dass dieser sich einer Regierung der nationalen Einheit, der die Opposition angehören wollte, öffnet.

Im Rahmen zäh verlaufener Verhandlungen, die vom 17. - 21. Mai 2008 in Doha/Katar stattgefundenen hatten, hatten sich die beiden rivalisierenden Lager auf die Wahl des bisherigen Armeechefs Michel Suleiman zum Staatspräsidenten, die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit sowie den Verzicht jeglicher Waffengewalt im Falle künftiger interner Auseinandersetzungen verständigt. Die vereinbarte Aufteilung der Kabinettsitze (16 Sitze für die pro-westliche Mehrheit des 14. März, elf Sitze für die pro-syrische Opposition des 08. März und drei Sitze, über deren Besetzung der neue Staatspräsident befinden sollte) sicherte der von der Hisbollah angeführten Opposition ein Vetorecht bei allen Kabinettsentscheidungen, und mit ihrer Forderung nach einer Änderung des Wahlrechts, konnte sich die Opposition ebenfalls durchsetzen.

Am 07. Juni 2009 fanden die Wahlen zum libanesischen Parlament statt. In knapp 100 der insgesamt 128 Wahlbezirke und -distrikte stand aufgrund des konfessionellen Quotensystems das Er-

gebnis schon vor der Wahl fest. Das Abkommen von Taif aus dem Jahre 1989, das den libanesischen Bürgerkrieg der Jahre 1975-1989 beendet hatte, hatte die Sitzverteilung des Parlaments derart neu geregelt, als dass Schiiten, Sunniten, Drusen und Alawiten künftig gemeinsam über genau so viele Sitze verfügen wie die verschiedenen christlichen Konfessionen (Maroniten, Protestanten, Griechisch-Orthodoxe, Griechisch-Katholische, Armenisch-Orthodoxe und Armenisch-Katholische). Nach Auszählung aller abgegebenen Stimmen hatte die Opposition zwar die Mehrheit der Stimmen, nicht aber die parlamentarische Mehrheit errungen. Das pro-westliche Bündnis von Saad Hariri (Sunniten und Christen) hatte insgesamt 60 Sitze, die pro-syrische Opposition von Hisbollah, Amal und FPB (Schiiten und Christen) 57 Sitze und die Drusen (Schiiten) mit **Walid Dschumblat** an der Spitze, der - je nach vermeintlichem persönlichen Vorteil - einmal mit Hariri und dann wieder mit der Hisbollah sympathisierte, hatten elf Sitze errungen. Westliche Medien bezeichneten die Wahlen als die demokratischsten, die je im Libanon durchgeführt worden sind. An der bisherigen Praxis, im Libanon Politik zu machen, sollte dies jedoch wenig ändern.

Es dauerte weitere fünf Monate, bis der von Staatspräsident Suleiman mit der Regierungsbildung beauftragte **Saad al-Hariri** zusammen mit seinem insgesamt 30-köpfigen Kabinett am 10. November 2009 vereidigt werden konnte. Unter Mitwirkung der regionalen Verbündeten Saudi-Arabien (auf Seiten der 14. März-Bewegung) und Syrien (auf Seiten der 08. März-Bewegung) hatte man zuvor alle politischen Möglichkeiten ausgelotet mit dem Ziel, dass am Ende eine große Koalition und die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit als Ergebnis standen. Themen wie die Entwaffnung der Hisbollah, aber auch bestehende grundsätzliche Unterschiede hinsichtlich der Ausrichtung der künftigen Außenpolitik haben von Beginn an Konfliktpotential beinhaltet. Die Untersuchung des Mordes an **Rafik Hariri**, der am 14. Februar 2005 zusammen mit 22 weiteren Personen bei einem Bombenanschlag im Stadtzentrum von Beirut getötet worden war, stand zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Vordergrund.

Am 12. Januar 2011 führte genau dies zum Auseinanderbrechen der Regierung von Saad Hariri.

Nachdem das vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mit der Untersuchung des Mordes an Rafik Hariri beauftragte 'Sondertribunal für den Libanon' in Den Haag im April 2009 überraschend vier bis dahin inhaftierte, pro-syrische libanesischen Sicherheitschefs und Generäle aus der Haft entlassen hatte, zeichnete sich ab, dass das lange verdächtige Syrien nicht mehr im Zentrum der Ermittlungen stand. Ein Jahr später, so ab circa April 2010, sickerte immer mehr durch, dass sich die Untersuchungen des UN-Tribunals vielmehr auf die Hisbollah, die zwischenzeitlich (wieder) Mitglied der libanesischen Regierung war, konzentrierten. Da es das Tribunal weiterhin ablehnte, sich zu seinen Ermittlungen öffentlich zu äußern, waren Spekulationen Tür und Tor geöffnet. Ende Juni 2010 machte die Runde, dass kein geringerer als Premierminister Saad Hariri den Führer der Hisbollah, Hassan Nasrallah, dahingehend unterrichtet haben soll, dass das Tribunal in Kürze

Vernehmungen von Mitgliedern der Hisbollah vorzunehmen beabsichtigt, und dass je nach Ausgang dieser Vernehmungen auch mit einer Anklage von Mitgliedern der Hisbollah zu rechnen ist. Ab diesem Zeitpunkt ließ die Hisbollah keine Gelegenheit mehr aus, die Arbeit des Tribunals auch öffentlich zu diskreditieren. Selbst den israelischen Geheimdienst brachte sie mit der Ermordung Hariris in Verbindung. Neben Vorwürfen gegenüber dem Tribunal versuchte die Hisbollah zunehmend, Saad Hariri dazu zu bewegen, sich von der Arbeit des Tribunals zu distanzieren. Sie schreckte in diesem Zusammenhang auch nicht vor der Drohung zurück, im Falle einer Anklage von Mitgliedern der Hisbollah die Straße zu mobilisieren. Der junge Hariri kam so in eine zunehmend unkomfortable Situation. Einerseits wurde ihm gegenüber Druck derart aufgebaut, als dass man ihn für ein nicht mehr auszuschließendes Scheitern der Regierung sowie für mögliche Unruhen und gewalttätige Auseinandersetzungen in Folge der Arbeit des Tribunals verantwortlich machen wollte, andererseits stand er unter dem eigenen Druck sowie dem Druck seiner Familie und seiner politischen Verbündeten, die Mörder seines Vaters ausfindig machen und ihrer gerechten Strafe zuführen zu lassen. Die USA und andere westliche Staaten taten das Ihre dazu.

Je mehr sich innerhalb der Regierung die Fronten verhärteten, desto stärker versuchten deren Verbündete, zuvorderst Saudi-Arabien und Syrien, im Hintergrund zu vermitteln. Auch der türkische Premierminister **Recep Tayyip Erdogan** hatte dies in den letzten Wochen noch versucht und der Premierminister von Katar, **Sheikh Hamad bin Jassim Al Thani**, soll noch am Tag vor dem Scheitern der Regierung versucht haben, zu retten, was nicht mehr zu retten war.

Der Rücktritt von zehn Ministern der Hisbollah, der Amal und des 'Free Patriotic Movement' sowie der etwas später folgende Rücktritt eines elften Ministers, Staatsministers **Adnan Sayyed Hussein**, der im Rahmen der Regierungsbildung im Jahre 2009 von Staatspräsident Suleiman ernannt worden war, besiegelte das Ende der Regierung Hariri, die gemäß der libanesischen Verfassung eine Zwei-Drittel Mehrheit für ihr Weiterregieren benötigt hätte. Zum ersten Mal in der turbulenten Geschichte des Libanon war eine Regierung durch den Rücktritt von mehr als einem Drittel ihrer Minister gestürzt worden. Hariri erfuhr vom Scheitern seiner Regierung in den USA, wo er sich zu Gesprächen mit US-Präsident **Barack Obama**, US-Außenministerin **Hillary Clinton** sowie dem saudischen König **Abdullah ibn Abd al-Aziz Al Sa'ud** aufgehalten hatte. Seine Rückkehr in den Libanon hat er zu zwei Zwischenstopps in Frankreich und in der Türkei genutzt, wo er mit dem französischen Staatspräsidenten **Nicolas Sarkozy** und dem türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan die jüngste politische Entwicklung erörtert hat.

Auf einer Pressekonferenz teilten am 12. Januar 2011 drei der zurückgetretenen Minister - stellvertretend für ihre nicht anwesenden Ministerkollegen - mit, dass der Hintergrund ihres Rücktritts ist, dass Hariri nicht bereit gewesen war, sich vom UN-Tribunal und dessen Arbeit zu distanzieren. Ein zuletzt auf den 12. Januar 2011 festgesetztes Ultimatum hatte dieser kommentarlos ver-

streichen lassen. Dass ihr Wortführer, Wasser- und Energieminister **Gebran Bassil**, Mitglied der christlichen Partei 'Free Patriotic Movement' ist und als Vertrauter Michel Aouns gilt, wirft ein besonderes Licht auf die Ereignisse. Der Pressekonferenz war ein Treffen bei Michel Aoun unmittelbar vorangegangen, an dem auch die Minister der Hisbollah sowie der Amal teilgenommen hatten. Die Pressekonferenz in Beirut begann just zu dem Zeitpunkt, zu dem Premierminister Hariri in Washington mit US-Präsident Barack Obama zu Gesprächen zusammengetroffen war.

Umweltminister **Mohammad Rahal** vom 'Future Movement', der Partei Hariris, teilte gegenüber Agence France-Press (AFP) mit, dass hinter dem Vorgehen der Hisbollah neben dem missglückten Erpressungsversuch Hariris das Ziel steckt, den Staat lähmen und Konflikte wieder stärker auf die Straße tragen zu wollen. Es bleibt zu hoffen, dass gerade dies nicht geschieht.

Die Frage die sich zwangsläufig stellt, lautet: Wie geht es jetzt weiter ?

Auf Bitten des libanesischen Staatspräsidenten wird Saad Hariri seine bisherige Regierung so lange als Interimsregierung weiterführen, bis eine neue Regierung gebildet werden konnte.

An diesem Punkt beginnen aber auch schon die Schwierigkeiten. Gemäß dem geltenden konfessionellen Proporz muss der künftige Premierminister ein Sunnite sein. Die Partei Hariris, das 'Future Movement', hat jedoch bereits verlauten lassen, dass sie niemand anderen als Saad Hariri für dieses Amt nominieren wird. Ein ranghohes Mitglied der Bewegung des 08. März wurde zeitgleich mit den Worten zitiert, dass aufgrund der Tatsache, dass man im Parlament über eine Mehrheit verfügt (zusammen mit den Drusen Walid Dschumblatts), man auch selbst einen Kandidaten für das Amt des Premierministers benennen könnte. Bereits an diesem Punkt bietet sich daher die Möglichkeit, sich in politischen 'Grabenkriegen' zu verlieren, ohne zum Kern der Sache vorzustoßen (oder vorstoßen zu müssen). Der Ball scheint somit zunächst im Feld des Präsidenten zu liegen, der einen geeigneten sunnitischen Politiker wird finden müssen, der, nach vorheriger Zustimmung der Partei des 'Future Movement' und auch der Bewegung des 08. März, bereit ist, den sicher nicht einfachen Versuch einer neuen Regierungsbildung zu unternehmen.

Bei den künftigen Bemühungen zur Bildung einer neuen Regierung könnte Walid Dschumblatt eine Schlüsselrolle zufallen. Mit den elf Sitzen, über die seine sozialistische Partei im Parlament verfügt, könnte er zum 'Königsmacher' werden. Während Dschumblatt über viele Jahre ein Verbündeter des alten, und seit 2005 auch des jungen Hariri war, hat er sich seit 2009 immer mehr der schiitischen Hisbollah genähert. Auf seine diesbezügliche Rolle angesprochen, äußerte sich Dschumblatt vergangene Woche zurückhaltend. Er wäre nicht der Fuchs, der er schon immer war, wenn er aus dieser für ihn günstigen Situation nicht versuchen würde, für sich, aber auch die Minderheit der Drusen im Libanon, das Beste herauszuholen. Die Hisbollah selbst war es, die am

14. Januar 2011 mitgeteilt hat, dass sich ihr Vorsitzender, Hassan Nasrallah, und Walid Dschumblatt am 13. Januar 2011, nur wenige Stunden nach dem Scheitern der Regierung Hariris, zu einem 'unverbindlichen' Gespräch getroffen haben. Am Wochenende reiste Dschumblatt zu Gesprächen mit dem syrischen Staatspräsidenten **Baschar al-Assad** nach Syrien. Ein ranghohes Mitglied der Bewegung des 08. März wollte zeitgleich nicht ausschließen, dass die syrisch-saudischen Verhandlungen nicht auch jetzt noch zu einem positiven Abschluss derart gebracht werden können, dass Hariri auch der Premierminister der nächsten Regierung ist. Die Antwort auf die Frage, warum dies gerade jetzt gelingen sollte, nach dem entsprechende Versuche in den zurückliegenden Monaten erfolglos geblieben waren, blieb offen.

Vor dem Hintergrund, dass der UN-Gesandte für den Libanon, der Brite **Michael Williams**, am 14. Januar 2011 mit den Worten wiedergegeben wurde, dass der ermittelnde Staatsanwalt, der Kanadier **Daniel Bellemare**, innerhalb der kommenden zwei Wochen seine Anklage zur Vorprüfung an den dafür zuständigen Richter **Daniel Fransen** übergeben wird, ist es jedoch auch durchaus denkbar, dass es zu einer neuen Regierung so schnell nicht kommen wird. Zumal wenn die Hisbollah ihre Drohung in die Tat umsetzt und dann als politische Bühne wieder die Straße sucht.

HERAUSGEBER: CHRISTIAN J. HEGEMER, LEITER IBZ
AUTOR: THOMAS GEBHARD, PROJEKTLEITER JORDANIEN, LIBANON UND SYRIEN
LAZARETTSTR. 33 - 80636 MÜNCHEN -
TEL.: +49 (0)89 1258-369; FAX.: +49 (0)89 1258-359
E-MAIL: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE; HOMEPAGE: WWW.HSS.DE
ERSTELLT AM: 15. JANUAR 2011